

Der Streit um die Länderautonomie.

Vom Abgeordneten **F. W. Dobernig.**

Die an den Fronten draußen werden, sofern sie den Vorgängen auf dem politischen Kleinmarkt im Innern Aufmerksamkeit schenken, recht wenig Freude darüber empfinden, daß dort ein unerquicklicher und ganz und gar überflüssiger Streit ausgebrochen ist, gerade so als ob sonst in der Welt nichts vorginge. Mit einem Ernst, der nichts anderes ist als Wichtigkeit, haben sich Kritiker aller Art auf einige Worte in den programmatischen Vereinbarungen zwischen dem deutschen Nationalverbande und den Christlichsozialen geworfen. Es wird der Anschein erweckt, als hätte der eine Teil aus unverzeihlicher Schwäche dem anderen Zugeständnisse gemacht, die einem Verrat am deutschen Volke gleichkommen. In den Leitfäden, auf die sich die beiden Parteigruppen geeinigt haben, wird unter anderem „die Ausgestaltung der Autonomie der Länder“ als wünschenswert bezeichnet. Und darum Zeter und Mordio! Dem deutschen Nationalverband mutet man zu, feierlich Abbitte zu leisten. Wem und wofür, frage ich. Etwa unverantwortlichen Kritikern, und dafür, daß er nicht nur pflichtgemäß, sondern weil es der ausdrückliche Wille des überwiegenden Teiles des deutschen Volkes ist, mit den Christlichsozialen Beratungen über die Möglichkeit eines gemeinsamen Vorgehens gepflogen hat, aus denen übereinstimmende Richtlinien hervorgegangen sind. Als ob es nicht selbstverständlich wäre, daß sich die Vertreter deutscher Wählerschaften in einer Zeit nähern, in der ihre Brüder und Söhne, unbekümmert um programmatische Spitzfindigkeiten im Hinterlande, vereint kämpfen und zu sterben wissen. Denkt man an die Größe der Gegenwart und an das, was noch kommen kann, so machen die doktrinarischen Wortklaubereien der aufgeregten Beschützer des häuslichen Herdes den jämmerlichsten Eindruck. Sie stiften aber Verwirrung, wo Klarheit und Ruhe herrschen müssen.

Die möglichste Einigkeit der Deutschen in Oesterreich ist die unbedingte Voraussetzung für das Gelingen des Neuaufbaues unseres Vaterlandes. Die Polen sammeln sich, desgleichen die Tschechen, sollen also die Deutschen allein als vereinzelt zusammenziel- und planlos herumirren

und sich gegenseitig überrennen? Wer dieses meint, ist ein Eigenbrödlar oder ein vaterlandsloser Geselle. Daß Deutschfreie und Christlichsoziale sich zusammengetan haben, um die zukünftige Gestaltung Oesterreichs zu besprechen, war löblich. Es hätte auch schon mit den Sozialdemokraten Fühlung gesucht werden sollen, denn sie müssen bei Beratung der Grundfragen gehört und das Versäumte muß nachgeholt werden. Ein gemeinsames Ergebnis von Beratungen verschiedenartiger politischer Parteien wird aber immer nur durch Kompromisse zu erzielen sein. Solche zustande zu bringen, ist die Kunst der Politik. Auf diese Weise entstand der so sehr bemängelte Satz wegen Ausgestaltung der Länderautonomie. Die Christlichsozialen wünschten seine Aufnahme aus taktischen Gründen, die Deutschfreie legten ihm keine besondere Bedeutung bei. Mit der angeblichen Preisgabe der Reichseinheit hat die Sache schon gar nichts zu tun. Denn gegen die straffere Organisation der einzelnen Reichsteile zu einem festen Körper nach dem Kriege dürfte wohl kaum eine Partei mehr etwas einzubringen haben.

Das heftige Hin und Wider erinnert an das erste Auftreten der deutschen Autonomisten innerhalb der liberalen Verfassungspartei im Jahre 1861. Sie unterschieden sich von den Großösterreichern und den Unionisten durch die Betonung des autonomistischen Grundsatzes, dem zufolge sie das autonome Leben der einzelnen Länder zu schützen und zu fördern hätten. Die Gewähr der Freiheit und berechtigter nationaler Entscheidung sei nicht in den Worten der Verfassung selbst, als vielmehr in der Autonomie der Gemeinde und des Bezirkes, in der selbständigen Normierung und Verwaltung aller Landesangelegenheiten durch den Landtag zu suchen. Die Unionisten hielten sich streng an dem Boden der Verfassung, die im sogenannten Auser Program vom Jahre 1866 als Recht bestehend anerkannt wurde. Einer ihrer Führer, der Steier Kaiserfeld, erklärte: „deutschen Autonomie ist es nur in bezug auf Verwaltungsgründe und keine Landesangelegenheiten. Es mag bis jetzt ein Fehler der Deutschen in Oesterreich, daß sie sich nur als Oesterreicher und nicht als Deutsche fühlten. Die Politik des Grafen Belcredi hat auch uns von diesem Fehler geheilt. Wir haben keine Lust auf den Konstitutionalismus zu verzichten, der nur einmal in den Landtagen, und zwar im galizischen und böhmischen so wenig wie im steirischen seine Stätte aufschlagen kann. Diese Wandlung hat aber noch den weiteren Vorteil, daß wir den Wert erkennen gelernt haben, der darin liegt, einer großen Nation anzugehören. Wir werden daher niemals auf das Band verzichten, das uns und die Länder, die wir bewohnen, an Deutschland knüpft. — Ebenso bedeutsam ist eine andere Erklärung desselben Politikers, in dem wir mit Recht jenen Mann erblicken, der den ersten Anstoß zur Organisation der Deutschen Oesterreichs als Partei gegeben hat: „Gäbe es heute einen Deutschen, der Zentralisten gegen Autonomisten, Deutsche gegen Deutsche hetzte, der übte Verrat an seinem Stamme, an der Verfassung und am Reiche!“ Zur Vervollständigung des Bildes dieser unserer autonomistischen Vorfahren aus Innerösterreich muß noch angefügt werden, daß gerade diese Männer es waren, die in der dualistischen Staatsform die einzige Möglichkeit des leidlichen Nebeneinanderlebens von Oesterreich und Ungarn erkannten und auf ihre Verwirklichung hinarbeiteten, auch aus dem Grunde, weil sie im Dualismus einen Schutz gegen die Föderalisierung Oesterreichs erblicken durften.

Deshalb ist es törricht, wenn heute autonomistische Wünsche, die sich lediglich auf eine schärfere Abgrenzung der Befugnis in wirtschaftlichen Landesangelegenheiten beziehen können, als mit der Reichseinheit nicht vereinbarlich und föderalistische Bestrebungen begünstigend hingestellt werden.

Endlich kann auch nicht geleugnet werden, daß die Autonomie in den innerösterreichischen Ländern nicht zu unterschätzende Mittel zur Abwehr nationaler Angriffe bot, während die Staatsgewalt in dieser Hinsicht sich vielfach als zu nachgiebig erwies. Das alles sollten jene Kreise bedenken, welche die einer zweckmäßigen Ausgestaltung der Länderautonomie geneigten Politiker zu Gegnern der Reichseinheit und Schädigern des deutschen Volkes stempeln wollen. Ein Streit, wie dieser, in einer solchen Zeit, in der es sich nicht um ein Mehr oder Weniger an Autonomie für die Länder Oesterreichs, wohl aber um den Bestand großer Reiche dreht, ist eine ganz sinnlose Vergewendung geistiger Kräfte; statt daß wir zusammenhalten, werden wir verbittert und bieten der Welt ein unwürdiges Schauspiel. Wenn die Arbeiten im Innern in dieser Weise fortlaufen sollten, dann müßte wirklich jede Hoffnung auf Besserung weichen. Noch aber bauen wir auf Einsicht und Vernunft, Vaterlands- und Volksliebe. Diese Kräfte werden uns über die Zwischenfälle des Tages hinweghelfen.